



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

BMZ-Konzept

Inhalt

1 Vorwort/Vorbemerkungen	3
2 Programmatisher Rahmen und Ziele	4
3 Zielgruppen	5
4 Methoden und Instrumente	6
4.1 Didaktisch-methodisches Selbstverständnis	6
4.2 Instrumente	6
5 Akteure und Rahmenbedingungen	7
5.1 BMZ	7
5.2 Deutsche Länder	7
5.3 Nichtregierungsorganisationen	8
5.4 Engagement Global	8
6 Evaluation und Qualitätsentwicklung.....	9
7 Ausblick	10
Anhang.....	11
Voraussetzungen und Auswahlkriterien der Projektförderung von entwicklungspolitischen Bildungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen.....	11

1 Vorwort/Vorbemerkungen

Das vorliegende Konzept ist die Grundlage für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der aus Mitteln des BMZ unterstützten Maßnahmen, Aktivitäten und Programme. Es ist handlungsleitend für die Arbeit von Engagement Global gGmbH¹, die vom BMZ mit der Durchführung von Vorhaben im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung beauftragt wird. Zugleich soll es anderen Akteuren der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit als Orientierung dienen. Das Konzept aktualisiert das Vorgängerkonzept 159 aus dem Jahre 2008.

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals; im Folgenden: „Nachhaltigkeitsziele“) hat sich die Weltgemeinschaft im September 2015 einen neuen Referenzrahmen für die zukunftsfähige nachhaltige Gestaltung der Einen Welt gegeben.

Um diese Ziele global erreichen zu können, sind ein umfassender, gesamtgesellschaftlicher Wandel und zugleich individuelle Bewusstseins- und Verhaltensänderungen erforderlich. Auch in Deutschland ist dies mit einer Anpassung bisheriger ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Gewohnheiten an die zunehmenden globalen Herausforderungen verbunden.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des BMZ, das Verständnis für notwendige Veränderungen noch stärker in die breite Bevölkerung zu tragen und gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern weiterzuentwickeln. Konzeptionelle Grundlage dafür ist die Agenda 2030 in engem Zusammenwirken mit den Nachhaltigkeitszielen, insbesondere eine am Unterziel 4.7 der Agenda ausgerichtete Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) beschreibt BNE als Befähigung, informierte Entscheidungen zu treffen, verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine bestandsfähige Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft im Hinblick auf heutige und

zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren. Die UNESCO betont, dass dieser Lernprozess lebenslang erfolgt und als wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Bildung auf eine Transformation der Lern- und Lehrumgebung und damit letztlich auf ganzheitliche Transformation der Gesellschaft zielt.² In Deutschland liegt die strukturelle Verankerung der BNE in der Verantwortung der deutschen Länder³. Innerhalb der Bundesregierung besteht der Beitrag des BMZ in der Vermittlung der globalen Aspekte von BNE. Dabei wird zwischen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit unterschieden. Beide folgen dem Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die sich vorrangig an Zielgruppen in Deutschland wendet, strebt auf Grundlage des Konzepts von BNE an, auf entwicklungspolitisch relevante Themen aufmerksam zu machen und entsprechendes Wissen zu vermitteln. Die Menschen sollen zu kritischer Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Anliegen ermuntert und dabei befähigt werden, das Handeln Dritter wie auch die Folgen ihres eigenen Handelns zu erkennen und in Bezug auf entwicklungspolitische Fragestellungen zu bewerten. Sie sollen zu nachhaltigem Engagement für eine global gerechte Welt ermutigt werden.

1 Im Folgenden: „Engagement Global“.

2 Der BNE-Begriff soll sämtliche Aktivitäten umfassen, abhängig von ihren jeweiligen historischen und kulturellen Kontexten beziehungsweise ihren Hauptaktionsbereichen – entsprechend fallen darunter Begriffe wie Umweltbildung, Nachhaltigkeitsbildung, Globales Lernen, Entwicklungsbildung und andere; https://www.bne-portal.de/bne/shreddocs/downloads/files/_2015_roadmap_deutsch_0.html#download=1, S. 34, S. 12, zuletzt aufgerufen am 21.07.2021.

3 Im Folgenden: „Länder“.

2 Programmatischer Rahmen und Ziele

Die Politik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, national und international zu einer global nachhaltigen, friedlichen und gerechten Weltordnung beizutragen. Sie hat die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur ihres Handelns gemacht. In der zuletzt 2021 weiterentwickelten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung werden zudem die national wie international notwendigen Veränderungsprozesse beschrieben, die Deutschland als zentral für seinen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung erachtet.

Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt das Ziel, Zukunftsperspektiven für alle Menschen zu schaffen; sie setzt sich insbesondere für die Achtung der universellen Menschenrechte sowie für einen fairen Welthandel ein. Es geht darum, die Globalisierung gerecht zu gestalten und weltweit die Voraussetzungen für ein Leben in Würde zu schaffen.

Die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen von 2015 sind die Grundpfeiler deutscher Entwicklungspolitik. Weiterhin orientiert sie sich an den Prinzipien der internationalen Wirksamkeitsagenda.⁴

Nachhaltige Entwicklung ist eine internationale Gemeinschaftsaufgabe auf Augenhöhe. Sie setzt globale Partnerschaft und Eigenverantwortung auf allen Seiten der Entwicklungszusammenarbeit voraus.

Entwicklungspolitik ist zugleich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine aktive Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement möglichst vieler Menschen sind wesentlich, um die Ziele nachhaltiger Entwicklung sowie eine faire Gestaltung der Globalisierung zu erreichen. Deshalb misst das BMZ der Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften, die diese Ziele unterstützen, eine besonders hohe Bedeutung bei.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist integraler Bestandteil von Entwicklungspolitik und leistet einen Beitrag zur Erreichung des SDG 4 („Hochwertige Bildung“) und des Unterziels 4.7 („Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – BNE) der Agenda 2030. In Bezug auf dieses Unterziel hat die UNESCO das „Weltaktionsprogramm BNE“ und 2019 dessen Fortschreibung unter der Bezeichnung „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ (kurz „ESD for 2030“) beschlossen.⁵ Das BMZ unterstützt insbesondere als Mitglied der Nationalen Plattform BNE⁶, des zentralen Lenkungsorgans für die Realisierung einer BNE in Deutschland, die Umsetzung dieses Programms und des darauf basierenden Nationalen Aktionsplans BNE⁷ und trägt dazu bei, BNE in allen Bildungsbereichen und bildungsbereichsübergreifend weiterzuentwickeln, auszubauen und strukturell zu verankern.⁸ Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit leistet damit auch einen Beitrag zu den Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes und der Länder.

In den vergangenen Jahren hat entwicklungspolitische Bildung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie wird geleitet von der Erkenntnis, dass kollektives Handeln bei gleichzeitiger individueller Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen signifikante Auswirkungen auf Entwicklungen und Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt haben kann. In diesem Kontext trägt „Globales

⁴ Busan-Erklärung „Partnership for Effective Development Cooperation“ von 2011 als Teil der „Aid-Effectiveness-Agenda“.

⁵ <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/unesco-programm-bne-2030>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

⁶ Die 2015 konstituierte „Nationale Plattform für Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit Mitgliedern aus Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beschloss 2017 den Nationalen Aktionsplan für Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE). Ziel des NAP BNE ist es, bis 2030 BNE strukturell in allen Bereichen des Bildungssystems zu verankern, s. die Stellungnahme der Bundesregierung vom 22.09.2017 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/136/1813679.pdf>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

⁷ <https://www.bne-portal.de/de/nationaler-aktionsplan-1702.html>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

⁸ Zur Frage der Verankerung von BNE siehe: <https://www.bne-portal.de/de/monitoring-zur-verankerung-von-bne-in-der-deutschen-bildungslandschaft-mit-neuen-2483.html>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

Lernen“ als wichtiger Teil von BNE dazu bei, die Lebensrealität von Menschen in anderen Teilen der Einen Welt besser zu verstehen, die eigene Realität kritisch zu reflektieren und daraus persönliche Entscheidungen ableiten zu können.

Damit unterstützt das BMZ mit Blick auf die globale Perspektive von BNE insbesondere Ansätze der transformativen Bildung, die

- › der strukturellen Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen im Sinne des übergreifenden Ziels des Nationalen Aktionsplans BNE dienen⁹;
- › globale Herausforderungen, Zusammenhänge und ihre Einflüsse auf den Einzelnen verdeutlichen und einen Austausch im Sinne eines wechselseitigen Lernens ermöglichen;
- › die Relevanz der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen für das Handeln des Einzelnen bewusst machen und den Gedanken der globalen Partnerschaft verankern;
- › für Veränderungsprozesse für eine global nachhaltige Entwicklung auf den unterschiedlichen Entscheidungs- und Handlungsebenen sensibilisieren;
- › zur aktiven Beteiligung an einer sozial, ökonomisch und ökologisch verantwortungsbewussten Gesellschaft in der globalisierten Welt motivieren und befähigen;
- › die Reflexion eigener Wertvorstellungen fördern, entwicklungspolitisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärken und ihr Interesse an Ländern des globalen Südens und unseren Beziehungen zu ihnen wecken.

3 Zielgruppen

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland. Insbesondere die folgenden Personen und Gruppen sollen mit entwicklungspolitischen Bildungsmaßnahmen angesprochen werden:

- › Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene;
- › Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende;
- › (angehende) Lehrkräfte, Dozentinnen und Dozenten und andere Bildungsakteure der schulischen und außerschulischen Bildung;
- › Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die aufgrund ihrer ehrenamtlichen oder beruflichen Tätigkeit Breitenwirkung für Entwicklungspolitik erzielen, z. B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verbänden, Vereinen, Initiativen, Netzwerken, Nichtregierungsorganisationen inklusive migrantischer Selbstorganisationen mit Mitgliedern aus dem globalen Süden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ländern und Kommunen, Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen und Medien wie auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer insbesondere aus Programmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Deutschland sind Beiträge möglichst aller Menschen erforderlich. Deshalb strebt das BMZ mit seiner entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit verstärkt Kooperationen mit Zielgruppen entlang der gesamten gesellschaftlichen Breite an (z. B. Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Hochschulen, Museen, Bibliotheken, Sportverbände und -vereine). So können auch jene Menschen erreicht werden, die sich bisher kaum mit globalen Fragestellungen auseinandergesetzt haben.¹⁰ Darüber hinaus strebt das BMZ eine enge Kooperation aller Akteurinnen und Akteure der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit untereinander im Sinne einer komplementären Arbeitsweise an.

⁹ Präambel, <https://www.bne-portal.de/de/vorwort-und-praeambel-1716.html>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

¹⁰ Laut Meinungsmonitor des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) (2018) sehen rund 90 % der Bevölkerung in Deutschland das Thema Entwicklungszusammenarbeit als wichtig an. Allerdings zeigt die Studie zugleich, dass die SDGs den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend unbekannt sind. Über 50 % der Befragten waren die SDGs 2017 unbekannt, knapp ein Viertel gab an, den Begriff zwar bereits gehört zu haben, sich aber darunter nichts vorstellen zu können. Vgl.: <https://www.deval.org/de/publikationen/meinungsmonitor-entwicklungspolitik-2018>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

4 Methoden und Instrumente

4.1 DIDAKTISCH-METHODISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit hat zum Ziel, einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der globalen Herausforderungen unserer Zeit und ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten zu leisten sowie zu eigenem Handeln zu motivieren. Orientiert am Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Ausrichtung an der jeweiligen Lebensrealität)¹¹ erfolgt entwicklungspolitische Bildung sowohl in formalen als auch in nonformalen Bildungsstrukturen. Durch eine Vielzahl von Themen mit globalem Bezug können Verbindungen zu aktuellen Lebenssituationen der Zielgruppen hergestellt und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel befördert werden. Entwicklungspolitische Bildung in Schulen folgt maßgeblich dem Kompetenzmodell des von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem BMZ erstellten „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“¹².

Entwicklungspolitische Bildung

- › dient somit der freien Meinungsbildung und der Reflexion von Meinungen und Positionen;
- › trägt dazu bei, die eigenen Denkgewohnheiten und Handlungsmuster zu hinterfragen;
- › ist am Erwerb von Kompetenzen orientiert und erlaubt es, Handlungsoptionen im Umgang mit globalen Zusammenhängen zu entwickeln und umzusetzen;
- › unterstützt die aktive Mitwirkung an einer global nachhaltigen Entwicklung in allen Lebensbereichen – sowohl im Privatleben als auch im Beruf, im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement;
- › ist prozessorientiert, partizipativ und unterstützt das Lernen mit- und voneinander auf Augenhöhe, basierend auf den individuellen Erfahrungen aller Beteiligten;
- › verknüpft die Kompetenzerwartungen „Erkennen – Bewerten – Handeln“ miteinander;

- › befördert den Anreiz, eigene Erfahrungen im Austausch mit Menschen des globalen Südens zu machen;
- › vernetzt Akteurinnen und Akteure der nationalen entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit;
- › beruht auf dem Prinzip des lebenslangen Lernens.

4.2 INSTRUMENTE

Für eine möglichst große Breitenwirkung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit des BMZ ist die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure von zentraler Bedeutung.

Im Auftrag des BMZ fördert Engagement Global Vorhaben von Nichtregierungsorganisationen und weiteren privaten Akteuren. Darüber hinaus führt Engagement Global im Auftrag des BMZ auch eigene Bildungsprogramme im formalen und nonformalen Bildungssystem zur strukturellen Verankerung von BNE in enger Zusammenarbeit mit den Ländern durch.

Instrumente entwicklungspolitischer Bildungsarbeit sind insbesondere:

- › breitenwirksame entwicklungspolitische Bildungsveranstaltungen wie Seminare, Fachforen, Workshops, darunter auch solche, in denen kulturelle Aspekte als thematische Ansatzpunkte genutzt werden;
- › Bereitstellung von entwicklungspolitischen Inhalten durch neue Medien sowie von Verlagsprodukten, Publikationen und Bildungsmaterialien¹³;
- › entwicklungspolitische Bildungskampagnen;
- › Unterstützung von Multiakteurspartnerschaften;
- › in begründeten Einzelfällen auch begleitende Maßnahmen der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches von Akteuren der europäischen und internationalen entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

Sämtliche Instrumente werden in größtmöglicher inklusiver Perspektive für Lernende mit und ohne Behinderung angeboten.

11 <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

12 https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen-Globale-Entwicklung.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

13 Vgl. insbesondere zentrale Materialsammlung unter <https://www.globaleslernen.de/de>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

5 Akteure und Rahmenbedingungen

Die Struktur der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit spiegelt die Vielfalt der Akteure in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wider. Die verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure agieren arbeitsteilig auf der Grundlage von Komplementarität, Dialog und Kooperation.

5.1 BMZ

Das BMZ entwickelt im Dialog und in Zusammenarbeit mit Akteuren der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland den konzeptionellen Rahmen zur Umsetzung seiner entwicklungspolitischen Anliegen. Das BMZ ist bei der Gestaltung dieses Rahmens offen gegenüber neuen Entwicklungen, unterstützt die Beteiligung an Diskussionsprozessen und fördert geeignete Maßnahmen.

Im Rahmen seiner politischen Verantwortung steuert das BMZ die Vorhaben der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, die Engagement Global mit Mitteln des BMZ in Deutschland und einigen ausgewählten Partnern im globalen Süden durchführt.

Die wachsenden globalen Herausforderungen und die Suche nach ausgewogenen Lösungsansätzen erfordern eine verstärkte Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Dabei setzt das BMZ auf Netzwerke von Bund, Ländern, Kommunen, staatlichen Einrichtungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Nichtregierungsorganisationen und entwicklungspolitischen Bildungseinrichtungen der Kirchen sowie auf Veranstaltungen, die Akteure verschiedener Ebenen zu einem zielgerichteten Austausch zusammenbringen.

Durch die entwicklungspolitische Bildung leistet das BMZ wesentliche Beiträge zur Erfüllung der Ziele des Nationalen Aktionsplans BNE.

Darüber hinaus arbeitet das BMZ in den einschlägigen Gremien auf EU- und OECD-Ebene mit, um die globale Perspektive innerhalb von BNE auch international breit zu verankern und weiterzuentwickeln.

5.2 DEUTSCHE LÄNDER

Die strukturelle Verantwortung für Bildung liegt aufgrund der föderalen Zuständigkeitsteilung in der Verantwortung der Länder.

Das BMZ sieht in den Ländern wesentliche Partner bei der Erreichung seiner entwicklungspolitischen Bildungsziele. Aufgrund der Zuständigkeit des Bundes und damit des BMZ für Entwicklungspolitik und entwicklungspolitische Bildung kooperiert das BMZ mit den Kultusministerien und weiteren Ressorts der Länder und fördert die Verankerung von BNE mit dem Schwerpunkt „globale Zusammenhänge“ in allen Bereichen der Bildung.

Wichtiges Dialogforum der beiden staatlichen Ebenen ist die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit, an der auch Vertreterinnen und Vertreter der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft teilnehmen.

Die Länder sind bestrebt, flächendeckend und breitenwirksam BNE in den Curricula der Schulen zu verankern sowie entwicklungspolitische und globale Fragestellungen in die schulische Bildung zu integrieren. Das BMZ unterstützt die Länder bei diesem Ziel.

Der in Kap. 4.1 bereits genannte „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ ist die konzeptionelle Grundlage und der Referenzrahmen für die Verankerung von BNE in einzelnen Unterrichtsfächern und für Schulen als Ganzes.¹⁴

¹⁴ Umfassende Informationen unter <https://www.globaleslernen.de/de/orientierungsrahmen-globale-entwicklung-or-Neuauflegung-des-Orientierungsrahmens>, zuletzt aufgerufen am 26.07.2021.

5.3 NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Im Bereich der Entwicklungspolitik tätige Nichtregierungsorganisationen machen – gerade bei der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit – wichtige komplementäre Angebote und erreichen Zielgruppen, die auf staatlichem Wege nicht oder kaum erreicht werden können. Sie tragen dazu bei, entwicklungspolitische Bildungsangebote für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen erreichbar zu machen. Nichtregierungsorganisationen sind somit unentbehrliche Partner in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Aufgrund ihrer oftmals vielfältigen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnerstrukturen in den Ländern des globalen Südens verfügen sie auch über wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse, die sie für die Wissensvermittlung in Deutschland einsetzen können.

In diesem Kontext ist ehren- und hauptamtliches Engagement in Nichtregierungsorganisationen und Initiativen, einschließlich solcher mit migrantischen Mitgliedern aus dem globalen Süden, notwendig und wichtig.

5.4 ENGAGEMENT GLOBAL

Mit der Gründung von Engagement Global hat das BMZ 2012 eine zentrale Anlaufstelle für die Unterstützung entwicklungspolitischen Engagements in Deutschland geschaffen. Engagement Global fungiert als Scharnier zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement, unterstützt Abstimmungsprozesse und den Aufbau von Kooperationen unter Vermeidung von Doppelstrukturen.

Engagement Global berät im Auftrag des BMZ Nichtregierungsorganisationen, fördert im Rahmen der Mittelweiterleitung zivilgesellschaftliche Projekte und führt mit Mitteln des BMZ selbst entwicklungspolitische Bildungsprogramme durch. Engagement Global hat neben dem Hauptsitz in Bonn sechs weitere Standorte und kann somit entwicklungspolitische Akteure bei ihren jeweiligen Anliegen vor Ort unterstützen.

Die Mitmachzentrale von Engagement Global berät Einzelpersonen und Organisationen individuell zu Engagementideen, Programmen, Förder- und Vernetzungsmöglichkeiten. Auf der Webseite von Engagement Global (<https://www.engagement-global.de/>) findet sich eine Übersicht der Vorhaben, die im Auftrag des BMZ durchgeführt werden.

6 Evaluation und Qualitätentwicklung

Mit der „Aid Effectiveness Agenda“ zur Entwicklungszusammenarbeit hat die internationale Gemeinschaft ein Rahmenwerk zur Erhöhung der Wirkungen ihres internationalen Engagements geschaffen. Übertragen auf die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit bedeutet dies, Maßnahmen, Aktivitäten und Programme einer Überprüfung der angestrebten Ziele und erreichbaren bzw. erreichten Wirkungen zu unterziehen. Damit können sowohl Stärken und Ausbaupotenziale entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit als auch Verbesserungsbedarfe transparent werden. Wirkungsorientierte Evaluierung dient somit der Qualitätssicherung und kann zu einer beständigen qualitativen Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit beitragen.

Dezentrale und zielgruppenspezifische Fortbildungsveranstaltungen für zivilgesellschaftliche Bildungsträger unterstützen die Qualität von Planung, Durchführung und Nachweis zu Zielen und Wirkungen entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit.

Zur empirischen Fundierung dieser Entwicklungs- und Evaluationsarbeit trägt das BMZ-Ressortforschungsvorhaben „Wirkungen und Wirkungsbeobachtung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit“¹⁵ bei. Im Rahmen dieses Vorhabens wurde auf eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Praxis Wert gelegt. So wurde das mit der Studie beauftragte Konsortium über den gesamten Forschungsprozess hinweg von einer Steuerungsgruppe begleitet, der neben dem BMZ auch Vertreterinnen und Vertreter von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und weiteren

einschlägigen Fördergebern¹⁶ angehörten. Als Ergebnis wurden für ausgewählte Maßnahmenformate entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit empirisch fundierte Wirkungsmodelle erarbeitet, die künftig bei der Planungs- und Evaluationsarbeit als Orientierungshilfe dienen können.

15 Vgl. weiterführend Bergmüller, C., Causemann, B., Höck, S., Krier, J.-M., Quiring, E. (2019). Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Münster: Waxmann. Verfügbar unter <https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=3923>, zuletzt aufgerufen am 28.07.2021.

16 Der Steuerungsgruppe gehörten neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Engagement Global gGmbH folgende Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge) an: Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Care Deutschland und Luxemburg e.V., Christoffel Blindenmission e.V., Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ Berlin), Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V./Brot für die Welt (EWDE), Kindernothilfe e.V., Stiftung Nord-Süd-Brücken, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO).

7 Ausblick

Mit der Verabschiedung der universellen Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen hat auch die deutsche Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit steht somit in der Verantwortung, Verständnis für die Folgen globaler Veränderungen und Prozesse in der deutschen Gesellschaft zu erzielen und Handlungsoptionen für die gemeinsame Bewältigung der globalen Herausforderungen aufzuzeigen. Dieses Verständnis ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen, gleichwohl muss die Kenntnis über die Agenda 2030 und die Bedeutung ihres Forderungskatalogs den Menschen in Deutschland noch intensiver nahegebracht werden. Dafür bedarf es fortgesetzter und zugleich verstärkter Bemühungen zur strukturellen Verankerung von BNE und globalem Lernen in schulischer und außerschulischer Bildung.

Anhang

Voraussetzungen und Auswahlkriterien der Projektförderung von entwicklungspolitischen Bildungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen

Das BMZ gewährt Förderungen für Vorhaben der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit gemäß §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO). Der Erfolgskontrolle wird gemäß den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO und den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) besondere Bedeutung beigemessen.

Das BMZ ist bestrebt, die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit bei der Verteilung von Fördermitteln angemessen zu berücksichtigen.

Eine Förderung können Organisationen mit entwicklungspolitischer Zielsetzung und Sitz in Deutschland beantragen, deren Gemeinnützigkeit steuerlich anerkannt ist oder die als Körperschaften öffentlichen Rechts tätig sind. Sie müssen die institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen, um eine korrekte Projektabwicklung entsprechend den Fördervorgaben zu gewährleisten, und sollten Erfahrung in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit mitbringen. Einzelpersonen oder kommerziell arbeitende Einrichtungen werden finanziell nicht unterstützt.

Die geförderten Vorhaben müssen sich an den Anforderungen dieses Konzepts ausrichten. Gefördert werden können Bildungsmaßnahmen, die sich an Menschen in Deutschland richten. Schulische Vorhaben orientieren sich darüber hinaus an den Empfehlungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und berücksichtigen insbesondere die Empfehlungen des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“.

Die Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen wird grundsätzlich durch Engagement Global umgesetzt. Detaillierte Informationen zu den förderfähigen Ausgaben können den jeweiligen Programmseiten von Engagement Global entnommen werden.

Nicht gefördert werden

- › Veröffentlichungen, die nicht Teil einer entwicklungspolitischen Bildungsmaßnahme sind;
- › Vorhaben, die überwiegend der Selbstdarstellung oder der Spendenwerbung dienen;
- › Vorhaben mit missionarischem Charakter;
- › Mitgliederversammlungen (z. B. Jahreshauptversammlungen);
- › kulturelle Rahmenprogramme.

Internationale Reisekosten können nur in begründeten Ausnahmefällen mitfinanziert werden.

Gefördert werden anteilig Ausgaben für in sich abgeschlossene Vorhaben (Projektförderung).

Zivilgesellschaftliche Antragsteller erbringen grundsätzlich mindestens 25 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Eigenanteil. Anrechenbar sind hierbei Drittmittel. Nicht anrechenbar sind Sach- und Arbeitsleistungen. Eine Valorisierung von Eigenleistungen ist nicht möglich.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

Die vorstehenden Regelungen sind auch bei der Weiterleitung von Fördermitteln im Rahmen eines privatrechtlichen Vertrags verpflichtend anzuwenden.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

REDAKTION

Referat Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Bibliothek

STAND

Juli 2021

DRUCK

BMZ

Gedruckt auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier

GESTALTUNG

wbv Media, Bielefeld

BILDNACHWEIS

© Shutterstock/optimarc

BESTELLUNGEN

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: www.bmz.de/publikationen

Tel.: 030 18 272 2721

Fax: 030 1810 272 2721

Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie unter: www.bundesregierung.de/publikationen.

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.